

A9NEU3 Neuformulierung des Sicherheitsbegriffs: Förderung gerechter Gesellschaften

Antragsteller*in: Anne Rennschmid (BAG Frieden und Internationales)

Antragstext

Neuformulierung des Sicherheitsbegriffes: Gerechte Gesellschaften sind sicherere Gesellschaften

Es braucht einen neuen 'Sicherheitsbegriff' für die Friedensmacht Europa, der sich nicht über nationale oder europäische Rüstung definiert, sondern über 'gerechte' Gesellschaften.

Ausgrenzung und abwertende Ideologien sind Sicherheitsrisiken für Gesellschaften. Sie können sowohl die Sicherheit von Individuen gefährden, als auch für das Entstehen von breiteren Konflikten und Gewalt verantwortlich sein.

Sicherheit in zunehmend diversen, pluralistischen Gesellschaften kann es nur dort geben, wo die Menschen sich mitgenommen fühlen, wo sie an die Gesellschaft und ihre Institutionen glauben und im besten Fall teilnehmen. Dafür braucht es eine als sozialer Prozess verstandene Demokratiebildung, durch die Menschen befähigt werden, ihre Gesellschaften gemeinsam zu gestalten, widersprüchliche Meinungen zu respektieren, Konflikte friedlich auszuhandeln und Vorurteile abzubauen. Dazu gehört auch, den Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft und insbesondere strukturell benachteiligte Gruppen weltweit zu fördern. Nur so haben Menschen die Möglichkeit, ihre Interessen friedlich in gesellschaftlich-politische Prozesse einzubringen. Es geht auch um die Vermittlung und strukturelle Umsetzung von Gleichwertigkeit: Die rechtliche und soziale Anerkennung der/des Einzelnen als gleichwertiger Teil der Gemeinschaft ist wichtige Voraussetzung von sicheren Gesellschaften weltweit. Denn nur, wer sich als Teil der Gemeinschaft tatsächlich angenommen fühlt, kann und wird an ihr teilhaben, und sich durch ihre Institutionen repräsentiert fühlen. Der Mensch ist in den Mittelpunkt zu stellen. Es geht um die Frage Wie wollen wir in unseren zunehmend diversen Gesellschaften leben? Wenn sich hier Teile der Bevölkerung ausgeschlossen fühlen oder alltäglich Diskriminierungen, Abwertungen und/oder Rassismus erfahren, dann wenden sie sich ab, und dann gibt es ein Sicherheitsproblem: Hass und abwertende Ideologien, die mit der Auffassung einhergehen, der Wert eines Menschen richte sich nach dessen gruppenbezogenen Merkmalen wie etwa Hautfarbe, Religion, sexueller Identität, Herkunft oder dem (Nicht)Vorhandensein einer Behinderung, können begünstigt werden, und zu gewalttätigem Extremismus und/oder ethnisch-kulturelle Konflikten führen. Denn Erfahrungen mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung können ihrerseits feindselige Einstellungen hervorrufen, die in Folge zu einer Abwertung anderer Gruppen und einer gleichzeitigen Aufwertung der eigenen Gruppe führen können. Abwertungen bilden immer auch Legitimationen für Diskriminierungen und Gewalt – aus politischen, religiösen oder subkulturellen Gründen. Der Mehrheitsgesellschaft kommt daher immer die wichtige Aufgabe zu, Muster von Diskriminierungen aus der Mitte der Gesellschaft heraus besonders kritisch zu beleuchten und diese zu kritisieren.

Wir sehen es daher als notwendig an, Normen der Gleichwertigkeit aller Menschen weltweit zu verteidigen. Dort, wo sie nicht gelten, müssen sie erstritten werden. Dazu müssen bedrohliche Prozesse, die innerhalb einer Gesellschaft ablaufen, erkannt und minimiert werden. Ihnen kann am effektivsten begegnet

45 werden durch Anerkennung und Gewährleistung der universal geltenden
46 Menschenrechte (auf internationaler Ebene 1948 erstmals beschlossen durch die
47 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) mit ihrem umfassenden
48 Diskriminierungsschutz, der sich aus der gleichen Würde eines jeden Menschen
49 begründet.

50 Soziale Ungleichheiten sind ein Sicherheitsrisiko für Gesellschaften.

51 Soziale Ungleichheit hält weltweit Menschen in Armut gefangen. Ob Konflikte
52 entstehen oder der gesellschaftliche Zusammenhalt stabil bleibt, hängt
53 entscheidend davon ab, inwieweit die Menschen das Gefüge sozialer Ungleichheit
54 als ungerecht ansehen bzw. dazu auch in der Lage sind. Ungerechtigkeitserfahrung
55 ist eine Antriebskraft für Veränderung. Mangelnde Anerkennung auf gleiche
56 Lebenschancen in einer Gesellschaft kann Gewalt zur Folge haben. Ursachen für
57 gewalttätige Konflikte sind oft jahrelange soziale Spaltungen und
58 Ausgrenzungspolitiken, die den gleichen Zugang zu Land und andere
59 wirtschaftliche Ressourcen, zu Bildung und Macht für verschiedene
60 Bevölkerungsgruppen verhindern. Wir wollen daher eine Krisenbearbeitung, die
61 sich auch mit den Verletzungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller
62 Menschenrechte auseinandersetzt.

63 Dazu gehört es, Machtungleichgewichte und strukturelle Diskriminierungen klar zu
64 benennen, und auf gesellschaftliche Veränderungen hinzuwirken, die eine
65 tatsächlich gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ermöglichen.

66 Wir fordern:

67 Eine Sicherheits- und Außenpolitik, die strukturelle Ungleichheiten,
68 Ausgrenzungen und Diskriminierungen innerhalb von Gesellschaften als Kern von
69 Unsicherheit weltweit anerkennt, diese klar benennt und dagegen vorgeht.

70 Abrüstung und stattdessen Förderung ziviler Konfliktlösung durch Förderung der
71 Zivilgesellschaft weltweit. Die Anerkennung von Zivilgesellschaft als wichtiger
72 sicherheitspolitischer Akteur.

73 Auch bei Beteiligung militärischer Einsätze im Rahmen internationaler
74 Friedensmissionen ist die Förderung von Menschenrechten und gesellschaftlichem
75 Zusammenhalt nicht gesondert zu behandeln, sondern als Kern auch der
76 militärischen Konfliktlösung. Wir fordern eine bessere Transparenz und
77 Rechenschaftspflicht militärischer Friedensmissionen, die Förderung des
78 humanitären Völkerrechts und der internationalen Strafgerichtsbarkeit.